

DIE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN GROSSBRITANNIEN UND DEM WIEDERVEREINIGTEN DEUTSCHLAND

Claudia Crawford

Die Ergebnisse der Vorrunde bei den Fußballweltmeisterschaften 2010 ergaben für die Achtelfinalspiele eine Klassiker-Begegnung: Deutschland gegen England. Ohne auf die Details einzugehen: am Ende gewannen die Deutschen mit 4:1. Nach allem, was man aus früheren Zeiten kannte, konnte eine hitzige Debatte mit reichlich deutschfeindlichen Tönen in England, vor allem in den einschlägigen Zeitungen, erwartet werden. Doch diese blieben bis auf wenige Ausnahmen in der Boulevardpresse aus. Nicht nur die Schlagzeilen, auch die Leserkommentare waren an die eigene Mannschaft gerichtet. Sie machten die Enttäuschung deutlich – aber keinerlei Ressentiments gegenüber Deutschen, keine wütenden Autofahrer oder Ausbrüche auf den Straßen Londons und selbst in den Pubs konnte man sich ungestraft als Deutscher zu erkennen geben. Es hat den Anschein, dass sich die Beziehungen zwischen den beiden Nationen atmosphärisch entspannt haben. Vielleicht hat der Fußball durchaus mit dazu beigetragen, genauer die Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland, die von vielen jungen Briten besucht wurde. Vor Ort konnten sie sich ein eigenes Bild vom heutigen Deutschland machen. So manch einer mag überrascht gewesen sein, dass die alten Stereotype, die viele Jahre in den britischen Medien wach gehalten wurden, nichts mit der Realität zu tun haben, dass dieses Land modern und offen ist. Mit Sicherheit tragen aber auch die vielen deutschen Studenten an britischen Universitäten zu einem veränderten Deutschlandbild bei.



Claudia Crawford,
Bundesministerin a.D.,
ist Auslandsmitarbeiterin
der Konrad-Adenauer-Stiftung
in London.

Lange Zeit war das Bild in den britischen Printmedien reichlich mit Rückgriffen auf das Dritte Reich bestückt. Die Deutschen, so die Botschaft, sind unverbesserliche Militaristen, denen der Sinn nach Dominanz steht. Die Entwicklungen in Deutschland, die aktive und kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte, wurden kaum transportiert.

Natürlich war der Einfluss dieser Art der Berichterstattung nicht so groß, dass dadurch die politische, wirtschaftliche oder auch kulturelle Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten gefährdet war. Diese entwickelte sich bei allem Auf und Ab gut, wobei hier die Beziehung zwischen Großbritannien und Westdeutschland gemeint ist. Deutschland wurde ein wichtiger Handelspartner für Großbritannien und umgekehrt, viele Unternehmen investierten und auch auf politischer Ebene wurde im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft vieles in gemeinsamen Anstrengungen vorangebracht. Dabei reichte die Partnerschaft nicht an etwas Vergleichbares wie die deutsch-französische heran, die innerhalb Europas nicht zuletzt wegen des bedeutenden Aussöhnungsprozesses eine Sonderstellung einnimmt. Aber es waren tragfähige Beziehungen.

1990 wurde für Deutschland und Europa ein neues Kapitel aufgeschlagen. Die Deutsche Einheit, für die Deutschen eins der glücklichsten Ereignisse, wurde in Großbritannien mit Skepsis begleitet, zumindest von der

Die Deutsche Einheit wurde in Großbritannien mit Skepsis begleitet, vor allem von den Medien. Die alten Bilder der kriegshetzerischen Deutschen tauchten wieder auf.

Politik, aber vor allem von den Medien. Die alten Bilder der kriegshetzerischen Deutschen und ihrer Großmannssucht tauchten wieder verstärkt auf. Filme über das Dritte

Reich im klaren Schwarz-Weiß-Schema wurden populär. Und so nimmt es nicht Wunder, dass britische Jugendliche selbst im beginnenden neuen Jahrtausend solch ein Deutschlandbild mangels Alternativen adaptierten. Noch 2004 sagte der damalige deutsche Außenminister Fischer in einem Spiegel-Interview: „Wenn man den traditionellen preußischen Stechschritt lernen will, dann muss man sich das britische Fernsehen ansehen, denn in Deutschland weiß in der jüngeren Generation – sogar in meiner Generation – niemand mehr, wie das geht.“¹

1 | <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,324047,00.html>
[13.07.2010].

Man mag dem entgegenhalten, dass die britischen Medien generell etwas rauer sind. Aber es hätte auch andere Stereotype über die Deutschen gegeben, derer sie sich hätten bedienen können. Der in Cambridge lehrende Zeit-historiker Richard J. Evans ist der Frage nachgegangen, weswegen das Bild der Naziherrschaft zur Zeit der Wieder-vereinigung in den britischen Medien dominierte. Unter anderem führt er aus: „Eben deshalb, weil namhafte britische Politiker nun ganz offen Parallelen zwischen der Bundesrepublik und der Europäischen Union auf der einen Seite und dem Dritten Reich auf der anderen Seite ziehen, ist es für die Massenmedien akzeptabel geworden, auch in ihrer eigenen Art und Weise ähnliche Parallelen zu ziehen.“²

DIE POLITISCHEN BEZIEHUNGEN

Seit 1990 unterlag das Verhältnis zwischen Großbritannien und Deutschland immer wieder Schwankungen. Sie waren begründet in den unterschiedlichen Regierungen mit ihren jeweiligen sehr charakteristischen Persönlichkeiten an der Spitze, beeinflusst von der Selbst- und Fremdwahrnehmung der beiden Länder, aber vor allem in der Sicht auf das europäische Projekt einer politischen Union.

Premierministerin Thatcher bemühte sich um Verbündete, um den Wiedervereinigungsprozess wenigstens zu verlangsamen. Grund für Ihre Skepsis war auch ihr Deutschlandbild.

THATCHER UND DER DEUTSCHE EINIGUNGSPROZESS

Es ist kein Geheimnis, dass die damalige Premierministerin Thatcher große Ressentiments gegenüber der Aussicht auf ein wiedervereinigtes Deutschland hatte. Das war durchaus nicht einfach dem Umstand geschuldet, dass ihr Verhältnis zum damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl nicht gerade das herzlichste war. Sie war ernsthaft darum besorgt, wie sich ein Deutschland, dann mit über 80 Millionen Einwohnern das größte und wirtschaftlich schon lange das stärkste Land Europas, in die Gemeinschaft einfügen würde. Ihr war klar, dass das Land umso mächtiger sein würde, wenn einmal die Belastungen, die mit der Wiedervereinigung zweifellos auf Deutschland zukommen würden, ausgestanden sind. Sie äußerte ihren Zweifel

2 | Richard. J. Evans, *Mythen in den deutsch-britischen Beziehungen seit 1945* (Stuttgart, 1999). Vortragsreihe der Robert Bosch Stiftung „Umbrüche und Aufbrüche. Europa vor neuen Aufgaben“, Stuttgart, März 2000, 28-34.

deutlich und bemühte sich um Verbündete, um den Wieder-vereinigungsprozess, wenn schon nicht aufzuhalten, dann doch wenigstens zu verlangsamen. Grund für Ihre Skepsis war neben anderem sicherlich auch ihr Deutschlandbild. Lord Douglas Hurd, der damalige britische Außenminister, beschrieb dies so: „Aus ihren Memoiren wird deutlich, dass Margaret Thatcher eine genaue Vorstellung von Deutschland hatte, die allerdings nicht auf einer besonders fundierten Kenntnis des Wesens des neuen deutschen politischen Systems beruhte.“³ Berühmt geworden ist das Seminar in ihrem Landhaus in Chequers im März 1990, wo sie mit Historikern mögliche Folgen einer deutschen Wiedervereinigung diskutierte. Das Protokoll, das an die Presse lanciert wurde, warf ein bezeichnendes Licht auf ihr Deutschlandbild. Es ist nicht unvermessen zu sagen, sie kannte das Westdeutschland aus dem Jahr 1990 nicht sehr gut und konnte sich den Wandel, den die Deutschen seit 1949 vollzogen hatten, nicht wirklich vorstellen.

Für die Deutschen waren Thatchers Ängste schwer nachvollziehbar. Der Wille zur Westintegration und zur Vertiefung der europäischen Einigung war schon tief in der Bevölkerung verankert. Die Vorstellung, dass Deutschland sich jemals wieder militärisch engagieren würde, lag außerhalb jeglicher Betrachtung. In dieser Zeit waren

Bundeskanzler Kohl betonte den Willen Deutschlands zur weiteren Integration der europäischen Staaten. Für ihn waren die Deutsche Einheit und die Europäische Einigung die zwei Seiten einer Medaille.

die Fragen um die wirtschaftlichen Herausforderungen der Deutschen Einheit dominant. Angesichts der vermuteten Friedensdividende durch den Fall des Eisernen Vorhangs wurde die Zusammenführung der Nationalen

Volksarmee der ehemaligen DDR mit der Bundeswehr vor allem auch für die Verkleinerung und Abrüstung der Armee genutzt.

Bundeskanzler Helmut Kohl war die Skepsis der Briten – und auch der Franzosen – sehr bewusst. Umso mehr betonte er den Willen Deutschlands zur weiteren Integration der europäischen Staaten. Für ihn waren die Deutsche Einheit und die Europäische Einigung die zwei Seiten einer Medaille. Es war eine Hilfe, dass nicht alle innerhalb der Regierung Thatchers ihre negative Sicht teilten. Das

3 | Hartmut Meyer und Thomas Bernd Stehling (Hrsg.) *Deutsch-Britische Beziehungen und „der Mythos Cadenabbia“*, Konrad-Adenauer-Stiftung 2005, 159.

Foreign Office in London sah den Wiedervereinigungsprozess weitaus positiver. Lord Hurd beschrieb seine eigene Haltung in folgender Weise: „Ich selbst teilte Margaret Thatchers Bedenken nicht. Anders als sie hatte ich viele Jahre Gelegenheit gehabt, positive Erfahrungen mit der Offenheit und Großzügigkeit der deutschen Demokratie zu sammeln, vor allem bei den Königswinter-Konferenzen und bei zahlreichen von der CDU/CSU organisierten Anlässen. Zwar überraschten die sich überstürzenden Ereignisse auch mich, aber ich brachte es nicht über mich, Kanzler Kohl dafür zu kritisieren, dass er eine Gelegenheit beim Schopf ergriff, die sonst vielleicht verloren gewesen wäre. Ich empfand seine Überzeugung und die seiner Kollegen als echt, dass die allmähliche Integration eines vereinigten Deutschlands in einem sich vereinigenden Europa am besten geeignet wäre, die Geister der deutschen Vergangenheit zu bannen.“⁴ So war es ihm möglich, gemeinsam mit seinem Arbeitskollegen auf der deutschen Seite, Hans-Dietrich Genscher, die Verhandlungen konstruktiv zu führen.

Im Zuge der Wiedervereinigung betrieben vor allem Frankreich und Deutschland eine Beschleunigung des EU-Integrationsprozesses, die schließlich in die Vertragsverhandlungen von Maastricht mündete.

Im Zuge der Wiedervereinigung betrieben vor allem Frankreich und Deutschland eine Beschleunigung des EU-Integrationsprozesses, die schließlich in die Vertragsverhandlungen von Maastricht und in die Verabschiedung am 7. Februar 1992 mündete. Mit ihm wurde die Europäische Union als Dach für die Europäischen Gemeinschaften, die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Zusammenarbeit im Bereich Inneres und Justiz begründet. Ein großer Teil der Konservativen Partei Großbritanniens geriet demgegenüber in eine immer stärkere europaskeptische Position. Dies korrespondierte mit einem stärker werdenden englischen Patriotismus, der sich parallel zu den stärkeren schottischen und walisischen Unabhängigkeitsbemühungen entwickelte und bereits unter Margaret Thatcher begann. Dies machte dem pro-europäischen John Major das Premierministeramt schwer.

JOHN MAJOR UND HELMUT KOHL

Als im November 1990 John Major die Nachfolge von Margaret Thatcher antrat, wurde dies in der deutschen Politik mit der Hoffnung begleitet, dass dadurch der europäische Integrationsprozess seitens der britischen Regierung eine größere Unterstützung erfahren würde. Bereits bei seinem Besuch als Premierminister in Bonn im März 1991 sprach er davon, dass er Großbritannien „ins Herz Europas“ führen möchte, „wohin es gehöre“. Die neue Regierung werde eine aktive und konstruktive Rolle spielen, nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem Vertrag von Maastricht.⁵ Deutschland war aus der Sicht Majors der entscheidende Partner für dieses Vorhaben. Von Vorteil war zudem, dass sich Helmut Kohl anders als mit Thatcher persönlich sehr gut mit Major verstand und ein europäfreundliches Großbritannien wünschte.

Dem Aufbruch folgte allerdings schon bald die Enttäuschung. Die Unterhauswahlen 1992 erbrachten für die Konservativen nur eine knappe Mehrheit. Damit stiegen die Blockademöglichkeiten einzelner Abgeordneten bzw. Abgeordnetengruppen, die vor allem die europaskeptischen Vertreter nutzten. Der Handlungsspielraum für Major beim Maastrichter Ratifizierungsprozess wurde dadurch sehr klein. Es gelang ihm, einige Zugeständnisse für Großbritannien zu erwirken. Ihm wurde die Möglichkeit eines opt-out bei der Sozialcharta und der europäischen Währungsgemeinschaft geschaffen. Hilfe für diese

Verhandlungsergebnisse bekam Major vor

allem von Deutschland. Allerdings machten diese Schwierigkeiten deutlich, dass Großbritannien nicht zu den Partnern in der EU gehören würde, die Motor im Integrationsprozess sind.

Der Jugoslawienkonflikt brachte eine zusätzliche Spannung in die deutsch-britischen Beziehungen. Die schwerste Belastung allerdings entstand durch die schlechte wirtschaftliche Situation Großbritanniens.

Der Jugoslawienkonflikt brachte eine zusätzliche Spannung in die deutsch-britischen Beziehungen. Die Sichtweise Deutschlands einer notwendigen schnellen Anerkennung der Unabhängigkeit von Slowenien und Kroatien wurde nicht geteilt. Die schwerste Belastung allerdings entstand durch die schlechte wirtschaftliche Situation Großbritanniens.

5 | Vgl. Sabine Lee, *Victory in Europe. Britain and Germany since 1945*, London 2001, 216.

Das Pfund verlor 1992 erheblich an Wert, so dass es am 16. September, dem „schwarzen Mittwoch“ für die Briten, den Wechselkursmechanismus verlassen musste. Die britischen Medien machten dafür vor allem die deutsche Bundesbank verantwortlich, die, so die Kommentare, durch ihre Hochzinspolitik die Nachbarn Deutschlands für die Wiedervereinigung bezahlen ließen⁶.

Noch manch andere Querelen Großbritanniens mit der EU, bei denen Deutschland involviert war, führten schließlich zu einer Art „Nicht-Kooperationspolitik“ der Regierung Major. Erinnert sei an die strittige Besetzung des Präsidentenamts der EU-Kommission 1994 und an den Ausbruch der BSE-Krise mit der Folge eines Ausfuhrverbots für britisches Rindfleisch durch die EU.

REGIERUNGSWECHSEL IN LONDON UND BONN

Das Ende der neunziger Jahre brachte für beide Länder tiefe Einschnitte. Während sich 1997 der Wechsel von der konservativen zur Labour-geführten Regierung vollzog, übernahm im Herbst 1998 erstmals eine rot-grüne Regierung in Deutschland Verantwortung. Die beiden Regierungschefs, Blair und Schröder, standen für einen Generationswechsel – nicht nur was deren Alter anbelangte, sondern ihren Stil und ihre Resolutheit, ihre Parteien zu verändern. Tony Blair steht wie kein anderer für

Blair und Schröder standen für einen Generationswechsel – nicht nur was deren Alter anbelangte, sondern ihren Stil und ihre Resolutheit, ihre Parteien zu verändern.

New Labour. Er entwarf ein neues, modernes Programm einer Mitte-links-Partei mit dem Anspruch, einen Sozialstaat zu schaffen, der sich aus den Früchten der neoliberalen Marktwirtschaft finanziert. Damit schuf er aber auch eine Blaupause für die Sozialdemokratie weit über Großbritannien hinaus. Nicht zuletzt Gerhard Schröder fühlte sich stark inspiriert und führte seinen Wahlkampf mit dem Begriff der „Neuen Mitte“, der ein bisschen Blair-feeling vermittelte.

Von daher war auch mit diesem Regierungswechsel wieder die Hoffnung verbunden, die deutsch-britischen Beziehungen könnten einen Neuanfang erleben. Zusätzliche Nahrung

6 | Vgl. Anthony Glees, „The diplomacy of Anglo-German relations: A study of the ERM crisis of September 1992“, in: *German Politics*, Nr. 3, April 1994 , 75-90

bekamen die positiven Erwartungen dadurch, dass sich die Labourpartei in den harten Jahren der Opposition eine neue Europapolitik zu eigen machte. Nicht nur um als Alternative zur Regierung wahrgenommen zu werden, sondern auch aus der Sorge, an den Rand Europas gedrängt zu werden, hatte sich Labour pro-europäisch gegeben. Sein Ziel sei es, „dass Großbritannien in den nächsten Jahren ein für allemal seine Ambivalenz gegenüber Europa ablegt“, sagte Premierminister Blair 1999 bei der Verleihung des Internationalen Karlspreises in Aachen. „Ich will ein Ende der Unsicherheit, des Mangels an Vertrauen, der Europhobie.“⁷

Somit schien viel Potenzial für gemeinsame Projekte im bilateralen und europa-politischen Kontext vorhanden zu sein. Nicht nur das persönliche Verhältnis von Blair und Schröder war freundschaftlich, sondern auch das von Peter Mandelson und Bodo Hombach, den Männern hinter

den Regierungschefs. Da Bundeskanzler Schröder, sicherlich nicht zuletzt im Bemühen um eine deutliche Abgrenzung zu seinem Vorgänger, mit einer relativen Unterkühlung die Beziehungen zu Frankreich begann,

schien sogar eine Verschiebung der Gewichte möglich – statt der Achse Bonn-Paris eine Achse Bonn-London. Die Vorlage des Schröder-Blair-Papiers kurz vor den Europawahlen 1999 unterstrich die engen Beziehungen. Aber letztendlich ergab es nichts Greifbares. Vielmehr machte das Papier deutlich, dass Labour und die deutsche Sozialdemokratie jeweils etwas Anderes unter dem „dritten Weg“ verstanden. Innerhalb der SPD gab es viel Kritik, die damals schon deutlich werden ließ, dass Schröder nicht im Herzen seiner Partei stand. Am 10. Mai 2000 schrieb der *Tagesspiegel* zu dem Schröder-Blair-Papier: „Heute spricht keiner mehr über dieses Papier, auch im Kanzleramt nicht. Das stille Abrücken gilt dabei weniger den Inhalten als der Methode. Das Schröder-Blair-Papier, im Kanzleramt ausgearbeitet vom damaligen Kanzleramtschef Bodo Hombach, ist der Versuch, Schröders Schlagworte von der „Neuen Mitte“ theoretisch zu fundieren. Vor allem aber ist es Schröders letzter Versuch, die SPD von außen zu umgehen und zu bewegen.“⁸

Die Vorlage des Schröder-Blair-Papiers kurz vor den Europawahlen 1999 unterstrich die engen Beziehungen. Aber letztendlich ergab es nichts Greifbares.

Schröder, sicherlich nicht zuletzt im Bemühen um eine deutliche Abgrenzung zu seinem Vorgänger, mit einer relativen Unterkühlung die Beziehungen zu Frankreich begann, schien sogar eine Verschiebung der Gewichte möglich – statt der Achse Bonn-Paris eine Achse Bonn-London. Die Vorlage des Schröder-Blair-Papiers kurz vor den Europawahlen 1999 unterstrich die engen Beziehungen. Aber letztendlich ergab es nichts Greifbares. Vielmehr machte das Papier deutlich, dass Labour und die deutsche Sozialdemokratie jeweils etwas Anderes unter dem „dritten Weg“ verstanden. Innerhalb der SPD gab es viel Kritik, die damals schon deutlich werden ließ, dass Schröder nicht im Herzen seiner Partei stand. Am 10. Mai 2000 schrieb der *Tagesspiegel* zu dem Schröder-Blair-Papier: „Heute spricht keiner mehr über dieses Papier, auch im Kanzleramt nicht. Das stille Abrücken gilt dabei weniger den Inhalten als der Methode. Das Schröder-Blair-Papier, im Kanzleramt ausgearbeitet vom damaligen Kanzleramtschef Bodo Hombach, ist der Versuch, Schröders Schlagworte von der „Neuen Mitte“ theoretisch zu fundieren. Vor allem aber ist es Schröders letzter Versuch, die SPD von außen zu umgehen und zu bewegen.“⁸

7 | Philip Stephens, Tony Blair. *The Price of Leadership*, London 2004, 163 f.

8 | Tissy Bruns, „Schröder-Blair-Papier“, in: *Der Tagesspiegel*, 10.05.2000.

Auf der europäischen Bühne war die Reaktion gemischt. Großbritannien wirkte aktiv am Amsterdamer Vertrag (unterzeichnet im Oktober 1997) und dem Vertrag von Nizza (unterzeichnet im Februar 2001) mit. Beide Verträge dienten der Anpassung der EU an die erwartete Erweiterung der Union, die 2004 erfolgen sollte. Das Parlament erhielt mehr Mitbestimmungsrechte, die Mehrheitsentscheide wurden auf weitere Bereiche ausgeweitet und die Stimmgewichte der Mitgliedstaaten verändert. Blair stimmte vielen Vertragsänderungen zu und unterzeichnete sogar die Europäische Sozialcharta. Damit schien er den pro-europäischen Kurs seiner Partei einzulösen. Problematisch war, dass die britische Wählerschaft längst nicht folgte und eher euroskeptisch blieb. Mit ihrem offensiven Kurs geriet die Regierung ziemlich schnell in einen unlösbaren Konflikt mit der Bevölkerung. So verhinderte die Blair-Regierung Bemühungen, Großbritanniens Beteiligung an einer gemeinsamen Währung vorzubereiten. Auch wenn Blair dem Euro positiv zugewandt war, so war er doch nicht in der Lage, seinen Finanzminister Brown, seine Partei, geschweige denn die Bevölkerung für dieses Projekt zu gewinnen.

Vollkommen zum Erliegen kamen die deutsch-britischen Beziehungen im Zuge des Irak-Konflikts. Die Spaltung in ein „altes“ und in ein „neues“ Europa bleibt ein bitteres Ergebnis einer erfolglosen gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

Die britische Regierung war stark auf das eigene Land konzentriert, wobei sie den wirtschaftspolitischen Kurs der konservativen Vorgängerregierung keineswegs änderte. Vielmehr sah sie die Freizügigkeit für Dienstleistungen, vor allem im Finanzsektor, als Quelle für neue Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum. London entwickelte sich zum größten Finanzplatz Europas. Die Politik in London, allen voran der damalige Finanzminister und spätere Premierminister Gordon Brown, sah Deutschland als veraltetes Wirtschaftsmodell, dass den neuen Herausforderungen nicht gewachsen sei.

Vollkommen zum Erliegen kamen schließlich die deutsch-britischen Beziehungen im Zuge des Irakkonflikts. Bundeskanzler Schröder stellte sich strikt gegen einen Angriff auf Irak, er suchte und fand dabei engsten Schulterschluss mit Frankreich. Wie viel der Rhetorik in dieser Zeit dem Wahlkampf und wie viel den wirklichen Überzeugungen geschuldet war, ist hier nicht Gegenstand der Betrachtung. Dass allerdings im September 2002 Bundestagswahlen

waren, könnte durchaus dazu beigetragen haben, dass nicht alle Möglichkeiten europäischer Diplomatie genutzt wurden, um zumindest den Versuch zu unternehmen, eine gemeinsame europäische Haltung zu erzielen. Die Spaltung in ein „altes“ und in ein „neues“ Europa, wie sie durch den damaligen US-amerikanischen Verteidigungsminister Donald Rumsfeld vorgenommen wurde, bleibt ein bitteres Ergebnis einer erfolglosen gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, wie man sie sich zehn Jahre vorher bei der Verabschiedung des Maastrichter Vertrages sicherlich nicht gedacht hat. Nicht nur die Tatsache, dass der Ausdruck „das alte Europa“ in 2003 zum Wort des Jahres in Deutschland wurde, macht die Tiefe des Risses in Europa deutlich. Noch lange Zeit wirkten das Zerwürfnis und der Vertrauensverlust innerhalb der EU nach.

Mit ihrer Erweiterung um zehn neue Mitgliedstaaten erhielt die EU 2004 ein neues Gesicht. Die Verträge der Vorjahre konnten nicht alle Erwartungen an die Effizienz der EU-Strukturen erfüllen, besonders die Stimmengewichtung blieb umstritten. Da schon während der Verhandlungen zum Vertrag von Nizza die Defizite gesehen wurden, beauftragten im Dezember 2001 die Regierungschefs einen großen Konvent mit der Ausarbeitung eines Verfassungsvertrages. Damit begann ein Vorhaben, das in Deutschland vor allem auf politischer Ebene große Unterstützung fand, in Großbritannien dagegen mehrheitlich abgelehnt wurde. Der Umstand, dass der im Oktober 2004 unterzeichnete Vertrag in den Referenden in Frankreich (im Mai 2005) und den Niederlanden (im Juni 2005) abgelehnt wurde, bewahrte die Regierung Blair vor einem eigenen, schon angekündigten Referendum und somit vor einer schwierigen innenpolitischen Debatte. Während damit auf der EU-Ebene eine Phase des Nachdenkens eintrat, blieben die Beziehungen zwischen Deutschland und Großbritannien auf dem Null-Punkt.

DIE NEUE REGIERUNG IN BERLIN UNTER ANGELA MERKEL IM JAHR 2005

Die Beziehungen konnten erst wieder neu aufgebaut werden durch den Führungswechsel in Berlin. Angela Merkel übernahm als Bundeskanzlerin die Regierung einer großen Koalition aus CDU und SPD. Sie hatte als

eine ihrer ersten Aufgaben die schwierigen Haushaltsumverhandlungen über den EU-Haushalt gemeistert und mit viel Geschick eine Konfrontation verhindert, die nicht zuletzt mit Großbritannien über den Agrarhaushalt und den Britenrabatt zu befürchten war. Das half sicherlich schon zu Beginn ihrer Amtszeit, die Spannungen aus der Zeit der Vorgängerregierung abzubauen.

Zudem war die Beziehung Blair-Merkel nicht durch den Irakkonflikt belastet. Trotz der Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Parteifamilien stimmte die Atmosphäre zwischen beiden.

Die Beziehung zwischen Tony Blair und Angela Merkel war nicht durch den Irakkonflikt belastet. Trotz der Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Parteifamilien stimmte die Atmosphäre zwischen beiden.

Beide arbeiteten vor diesem Hintergrund konstruktiv zusammen, vor allem auf europäischer Ebene. Ein Beispiel ist die Schaffung der neuen Regelungen für das Asylrecht. Ebenso wurde in dieser Zeit ein Ausweg für die verfahrene Situation um den Verfassungsvertrag gefunden. Während des EU-Rates in Brüssel unter deutscher Ratspräsidentschaft im Juni 2007 wurden die Grundzüge des Vertrags von Lissabon beschlossen. Es war der letzte Gipfel, auf dem Tony Blair als britischer Regierungschef vertreten war.

DER WECHSEL VON TONY BLAIR ZU GORDON BROWN

Sein Nachfolger, Gordon Brown, war Merkel aufgrund früherer Begegnungen nicht unbekannt. Beide waren als Kinder protestantischer Pfarrer aufgewachsen. Dass sie sich gut verstanden, hing wohl aber mehr mit dem Umstand zusammen, dass sie eine Reihe von politischen Ansichten teilten. Beide unterstützten die stärkere Liberalisierung des Handels und beiden war die Umweltpolitik wichtig. Nicht zuletzt spielten sicherlich auch persönliche Eigenschaften, wie zum Beispiel ihr beiderseitiges großes Interesse am Detail, eine Rolle.⁹

Deutlich stärker als Blair richtete Gordon Brown seine EU-Politik an britischen Interessen aus. Das mag seinen eigenen Überzeugungen entsprochen haben, war aber sicherlich auch an die britische Wählerschaft gerichtet. Er stellte sicher, dass Großbritannien im Lissaboner Vertrag

9 | Vgl. Simon Green und William Paterson, *After Tony – British-German Relations Under Gordon Brown*, AICGS Advisor, 25.05.2007.

die opt-out-Klausel bezüglich der Grundrechtecharta eingeräumt bekam, was aber auch für Polen und Tschechien gilt. Um die Ratifizierung des Vertrages sicherzustellen, hatte Brown die Überlegungen für ein Referendum, wie es für den Verfassungsvertrag angedacht war, nicht

In der Finanzkrise 2008 offenbarte sich die Anfälligkeit der britischen Wirtschaft, die stark auf den Finanzsektor konzentriert war. Währenddessen hatte die Wirtschaft in Deutschland an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen.

aufgegriffen. Stattdessen stimmte das House of Commons nach einer hitzigen Debatte über den Vertrag ab. Zur Popularitätssteigerung seiner Amtszeit hat dieses Verfahren sicherlich nicht beigetragen.

Vor größere Herausforderungen gestellt sah sich Brown allerdings bei der im Herbst 2008 hereinbrechenden Finanzkrise. Nun offenbarte sich die Anfälligkeit der britischen Wirtschaft, die so stark auf den Finanzsektor konzentriert war. Fast alle Regierungen Europas waren gezwungen, den Banken massive Unterstützungen zu gewähren. Großbritannien war allerdings im Vergleich zu Deutschland stärker betroffen, da sich die Krise direkt auf die dortige Realwirtschaft niederschlug und zu einer spürbaren Erhöhung der Arbeitslosigkeit führte. Währenddessen hatte die Wirtschaft in Deutschland aufgrund strikter Haushaltspolitik und moderater Tarifvereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern in den Jahren zuvor stark an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen. Brown musste sein Urteil über die deutsche Wirtschaft revidieren, denn es zeigte sich, dass die auf einen breiten Mittelstand gestützte produzierende Wirtschaft Deutschlands der Krise robuster stand hielt. Die notwendigen Maßnahmen fanden auf europäischer Ebene unter enger Abstimmung statt. Das gute Verhältnis zwischen Großbritannien und Deutschland zahlte sich gerade in den kritischen Monaten in 2008 und 2009 aus.

Sowohl die Bundestagswahlen im Herbst 2009 in Deutschland als auch die Unterhauswahlen im Mai 2010 im Vereinigten Königreich ergaben Regierungswechsel: Bundeskanzlerin Merkel konnte ihr Amt verteidigen, regierte nun aber mit der FDP zusammen. Das Wahlergebnis in Großbritannien war deutlich spannender. Es brachte die erste Koalitionsregierung seit dem zweiten Weltkrieg. Labour musste eine herbe Niederlage hinnehmen, die Konservative Partei konnte aber die Wahl nicht mit einer eigenen absoluten Mehrheit für sich entscheiden. So

brauchte sie einen Koalitionspartner zum Regieren und fand ihn in den Liberaldemokraten. Eine programmatische Schnittmenge beider Parteien ist zwar vorhanden, die Differenzen sind aber doch sehr beträchtlich. Vor allem im Bereich der Europapolitik könnten die Parteien unterschiedlicher nicht sein. Die Liberaldemokraten, vor allem ihr Vorsitzender Nick Clegg, sind die pro-europäischen Politiker in Großbritannien schlechthin. Die Konservativen haben sich demgegenüber in den langen Jahren der Opposition in eine immer euroskeptischere Richtung bewegt. Im Wahlkampf in Großbritannien stand die Europapolitik allerdings nicht im Mittelpunkt, sondern vielmehr die bange Frage nach der Bewältigung der anhaltenden Wirtschafts- und Finanzkrise – wie schon in den Monaten vorher im Wahlkampf in Deutschland. Trotzdem mag so manch einer außerhalb Großbritanniens gehofft haben, dass es für die Konservativen vielleicht doch nicht reicht, auch wenn die Umfragen schon seit Monaten etwas anderes sagten.

Im Bereich der Europapolitik könnten die Koalitionsparteien unterschiedlicher nicht sein. Die Liberaldemokraten sind die pro-europäischen Politiker in Großbritannien schlechthin. Die Konservativen haben sich in eine immer euroskeptischere Richtung bewegt.

DIE KONSERVATIV-LIBERALE REGIERUNG CAMERON – ERWARTUNGEN AN DEN REGIERUNGSWECHSEL

David Cameron, der neue Premierminister, ist mit Amtsantritt noch jünger als es Tony Blair damals bei seinem Amtsantritt war. Und auch er hat seiner Partei eine neue Ausrichtung gegeben, seit er 2005 deren Führung übernahm. Als Lehre aus den Thatcher-Jahren machte er soziale Fragen, die Unterstützung der Familien und der Zivilgesellschaft zu programmatischen Schwerpunktthemen. Um als Parteivorsitzender gewählt zu werden, suchte er nach Möglichkeiten, den rechten Parteiflügel einzubinden, und gab das Versprechen, aus der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament auszutreten, falls es für eine eigene Gruppierung nach der Europawahl 2009 reicht. Den Europaskeptikern der Tories war die EVP schon immer zu europafreundlich und zu sehr an einer Vertiefung der Integration interessiert. Des Weiteren sagte Cameron zu, bei einem Wahlsieg für ein Referendum zum Lissabon-Vertrag im Vereinigten Königreich zu sorgen. Nachdem Tschechien als letzter Mitgliedstaat den Vertrag ratifiziert und ihn damit in Kraft gesetzt hatte, musste Cameron sein Versprechen zurückziehen, da ein Referendum nun sinnlos

geworden war. Allerdings hatte er zu diesem Zeitpunkt bereits das andere Versprechen eingelöst und die Konservative Partei nach der Europawahl aus der EVP-Fraktion zurückgezogen. Vor allem die CDU innerhalb der EVP und nicht zuletzt Frau Merkel persönlich unternahmen große Anstrengungen, diesen Schritt zu verhindern. Umso größer war die Enttäuschung – nicht gerade die beste Ausgangslage für ein gemeinsames Zusammenspiel, nachdem Cameron nun Premier wurde.

Die neue britische Regierung machte allerdings von Beginn an deutlich, dass sie einen aktiven Part in Europa spielen werde. Und es gibt Gründe, dies zu glauben. Zum einen hat sich sehr häufig gezeigt, dass die Briten im Regelfall pragmatisch und nicht ideologisch handeln –

Cameron hat für seine ersten Auslandsreisen Paris, Berlin und Brüssel ausgewählt. Seine Vorgänger traten üblicherweise den ersten Weg nach Washington an.

unabhängig, welche Partei regierte. Zum anderen ist die Ernennung des als pragmatisch bekannten David Lidington zum Europaminister anstelle des für diese Position

vorgesehenen, ausgesprochen euroskeptischen Schattenministers Mark Francois ein deutliches Zeichen. Vor allem aber dürften die Liberalen ein ausgleichender Faktor in der Regierung sein, der Cameron hilft, die Rechten in seiner Partei in Schranken zu halten. In den Koalitionsvereinbarungen ist zu finden, dass es zu keinem Beitritt zur Eurozone in der laufenden Legislaturperiode kommen wird und für jeglichen Machttransfer von den Mitgliedstaaten auf Brüssel zwingend ein Referendum stattzufinden hat. Angesichts der derzeitigen Verfasstheit der EU sind dies beides keine Punkte, die in nächster Zeit anstehen würden – auch ohne diese Festlegungen. Cameron hat für seine ersten Auslandsreisen Paris, Berlin und Brüssel ausgewählt. Seine Vorgänger traten üblicherweise den ersten Weg nach Washington an. Die Auftritte des Premierministers bei den bisherigen europäischen Zusammenkünften waren von einem sicheren Auftreten geprägt. Sehr wohl wusste er die britischen Anliegen zu vertreten, aber ohne deswegen andere vor den Kopf zu stoßen – was selbst in den britischen Medien mit einigem Staunen verfolgt wird. Und auch die Begegnung mit Bundeskanzlerin Merkel in Berlin verlief in freundlicher und konstruktiver Atmosphäre, was angesichts der Vorgeschichte positiv zu bewerten ist.

Am 1. Juli 2010 zeigte der neue Außenminister William Hague in einer Grundsatzrede die Linien für seine zukünftige Politik auf. Diesen ist vor allem zu entnehmen, dass Großbritannien britisch bleibt, was bedeutet, dass Hague die britischen Interessen für seine Außenpolitik vorne anstellt: „Diese Regierung ist der Auffassung, dass Außenpolitik und das Foreign and Commonwealth Office vorrangig dafür existieren, den Interessen und Bedürfnissen der britischen Bürger im weitesten Sinn zu dienen und sie zu schützen [...].“¹⁰ Er betonte dabei, die Welt habe sich verändert und wenn sich das Land nicht mit verändere, bedeute das einen Bedeutungsverlust Großbritanniens mit den Folgen für seinen Einfluss in der Welt, seine Sicherheit und seine Wirtschaft. Hague will vor allem auf bilaterale Beziehungen setzen und hat dabei nicht zuletzt die Länder im Blick, die zunehmend auf der Weltbühne eine Rolle spielen werden: China, Indien und Brasilien. Natürlich bleibt auch für ihn das Verhältnis zu den USA ein besonderes, wobei nicht diese Unbedingtheit mitschwingt, wie sie unter Blair zu spüren war. Hague misst der EU, aber auch anderen regionalen Bündnissen, Gewicht bei. Er macht aber auch hier deutlich, dass es sich lohnt, gezielt bilaterale Beziehungen, zum Beispiel zu Polen, zu pflegen. Zwei Aspekte in der Europapolitik sind ihm dabei besonders wichtig: die Fortführung des Erweiterungsprozesses mit Blick auf die Balkanländer und die Türkei und die Erhöhung des Anteils britischer Vertreter in den EU-Institutionen.

Mit dieser Ausgangsposition ist zu erwarten, dass in vielen Bereichen Deutschland und Großbritannien in den nächsten Jahren konstruktiv zusammenarbeiten werden. Nach der Verabschiedung des Lissabonner Vertrages treten Grundsatzfragen erst einmal in den Hintergrund. Viel mehr stehen für die Europabürger sehr entscheidende praktische Fragen auf der Tagesordnung: die Bewältigung der Wirtschaftskrise und des Klimawandels sowie Sicherheitspolitik, vor allem der Einsatz in Afghanistan. Mit großer Aufmerksamkeit wurde in Großbritannien wahrgenommen, dass Deutschland nicht

Mit großer Aufmerksamkeit wurde wahrgenommen, dass Deutschland nicht mehr in jedem Fall bedingungslos bereit ist, notfalls zu bezahlen. Manchmal wird schon behauptet, die Deutschen werden britischer.

10 | William Hague Britain's Foreign Policy in a Networked World, Rede im Foreign and Commonwealth Office, 01.07.2010, zu finden unter: <http://fco.gov.uk/en/news/latest-news/?view=Speech&id=22462590> [14.07.2010].

mehr in jedem Fall bedingungslos bereit ist, einzuspringen und notfalls zu bezahlen. Manchmal wird schon behauptet, die Deutschen werden britischer. Die Griechenlandkrise machte sehr deutlich, dass die Deutschen ihrerseits Erwartungen an die anderen Mitgliedsstaaten haben. Die Forderung nach größerer Haushaltsdisziplin wird dabei von der britischen Regierung geteilt, obwohl sie sich sonst wohlweislich aus der Suche nach einer Problemlösung für die Eurozone heraushält. Anbetracht eines eigenen Defizits von guten elf Prozent im laufenden Haushaltsjahr und einem in den letzten Jahren deutlich geschwächten Pfund ist die Regierung in London ihrerseits sehr um Haushaltsdisziplin bemüht.

Würden die Deutschen wirklich britischer, was in diesem Kontext bedeutet, dass sie Europapolitik vor allem aus ihrem nationalen Interesse heraus wahrnehmen und Integrationsbemühungen, die Souveränitätsverzicht mit sich bringen, zurücknehmen, könnte das durchaus engeren Beziehungen zu Großbritannien zugutekommen. Das würde allerdings einen klaren Bruch mit

Setzt Deutschland seine traditionelle Europapolitik fort, so sind Konfrontationen und Enttäuschungen nicht auszuschließen. Solange die Europapolitik beider Länder nicht stärker kongruent zu bringen ist, wird es immer wieder Konflikte geben.

der bisherigen Europapolitik Deutschlands bedeuten. Setzt Deutschland demgegenüber auch künftig seine traditionelle Europapolitik fort, dann sind Konfrontationen und Enttäuschungen wohl nicht auszuschließen. Denn

solange die Europapolitik beider Länder nicht stärker kongruent zu bringen ist, wird es immer wieder Konflikte geben. Umso mehr sollten die nächsten Jahre, in denen weniger grundsätzliche Entscheidungen in der EU anstehen, genutzt werden, durch eine enge Zusammenarbeit auf konkreten Feldern die Beziehungen beider Länder so stark wie möglich werden zu lassen. Durch konkrete Politiken wie Reformen des Binnenmarktes etwa im Bereich der Finanzmarktaufsicht, aber auch der Markliberalisierung und durch Fortschritte im Klimaschutz und in der Umsetzung des Lissabonner Vertrages im Bereich der Strukturreformen können letztlich Entwicklungen ermöglicht werden, die im Ergebnis die EU stark machen – ohne dass im Vorfeld viel darüber gestritten werden muss, ob man das eigentlich will oder nicht.